

V o r l a g e
des Präsidiums der I. Landessynode
für die Tagung der Landessynode vom 15.-17. November 2018

Gegenstand:

Beschluss über zusätzliche Regelungen zur Rechtsverordnung über die Vergütung von Reisekosten bei Dienstreisen und über die Nutzung von Dienstfahrzeugen (Reisekostenverordnung – RkVO)

Beschlussvorschlag:

Die Landessynode beschließt die zusätzliche Regelung zur Rechtsverordnung über die Vergütung von Reisekosten bei Dienstreisen und über die Nutzung von Dienstfahrzeugen (Reisekostenverordnung – RkVO)

Anlage:

- Beschlussvorlage für die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) zur zusätzlichen Regelung zur Reisekostenverordnung (Anlage 1)
- Regelung zur Rechtsverordnung über die Vergütung von Reisekosten bei Dienstreisen und über die Nutzung von Dienstfahrzeugen (Reisekostenverordnung – RkVO) (Anlage 2)
- Beschluss der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland zur Regelung der Reisekostenvergütung vom 23. Februar 2013 (Anlage 3)

Begründung:

Der Beschluss ersetzt die Regelung zur Gewährung von Reisekostenvergütung an die Mitglieder der Landessynode vom 23. Februar 2013.

Am 1. November 2018 ist die Regelung zur Rechtsverordnung über die Vergütung von Reisekosten bei Dienstreisen und über die Nutzung von Dienstfahrzeugen (Reisekostenverordnung – RkVO) in Kraft getreten. Dadurch können die Punkte 2-5 aus der bisherigen Regelung gestrichen werden.

Kiel, den 22. Oktober 2018

gez. Dr. Andreas Tietze

Beschluss
Der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen
Kirche in Norddeutschland (Nordkirche)
über zusätzliche Regelungen zur Rechtsverordnung über die Vergütung von Reisekosten bei Dienstreisen und über die Nutzung von Dienstfahrzeugen
(Reisekostenverordnung – RkVO)

1. Die Mitglieder der Landessynode der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Landessynode, ihrer Ausschüsse, des Präsidiums oder sonstiger Gremien der Landessynode Reisekostenvergütung entsprechend der Rechtsverordnung über die Vergütung von Reisekosten bei Dienstreisen und über die Nutzung von Dienstfahrzeugen (Reisekostenverordnung – RkVO). Darüber hinaus werden Verdienstaussfall und Kosten für Kinderbetreuung wie folgt gewährt bzw. erstattet.
 - 1.1 Die Tätigkeit in der Landessynode ist grundsätzlich ehrenamtlich. Auf Antrag wird Mitgliedern der Landessynode Verdienstaussfall gewährt. Der Verdienstaussfall einschließlich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung ist nachzuweisen.

Bei Selbstständigen tritt an die Stelle des Verdienstaussfalls der Ersatz für Vertretungen von pauschal 25,60 € pro Tag ohne Einzelnachweis bzw. höchstens bis zu 76,70 € pro Tag bei Einzelnachweis.
 - 1.2 Kosten für die Betreuung von eigenen Kindern unter zwölf Jahren oder pflegebedürftigen Familienangehörigen, die in der eigenen Hausgemeinschaft wohnen, werden auf Antrag ersetzt, wenn keine andere Person für diese Aufgaben zur Verfügung steht und eine anderweitige Unterbringung nicht möglich ist. Die entstandenen Kosten sind nachzuweisen.
 - 1.3 Für die Teilnahmeberechtigten nach § 12 Absatz 1 GO Landessynode, für Mitglieder der Kirchenleitung, für Gäste, für Sachverständige, die von der Landessynode, ihren Ausschüssen oder der Kirchenleitung im Rahmen der Tagung der Landessynode oder ihrer Ausschüsse hinzugezogen werden, und für notwendige Begleitpersonen sowie für die Mitglieder des Wahlvorbereitungsausschusses für die Wahl von Bischöfinnen und Bischöfe nach Artikel 99 Absatz 2 der Verfassung der Nordkirche finden die vorstehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.
 - 1.4 In Zweifelsfällen entscheidet das Präsidium der Landessynode nach Anhörung des vorsitzenden Mitglieds des Finanzausschusses.
2. Die Regelung gilt mit Wirkung vom 15. November 2018.

Lübeck-Travemünde, den

November 2018

**Beschluss
der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen
Kirche in Norddeutschland (Nordkirche)
zur Regelung der Reisekostenvergütung**

1. Die Mitglieder der Landessynode der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Landessynode, ihrer Ausschüsse, des Präsidiums oder sonstiger Gremien der Landessynode Tagegeld, Übernachtungsgeld, Fahrtkostenentschädigung und Verdienstausschlag nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.
2. Tage- und Übernachtungsgeld richten sich nach den jeweils geltenden Sätzen des Bundesreisekostengesetzes.
Die Höhe der Tagegelder richtet sich im Einzelfall nach der tatsächlichen Dauer der Abwesenheit vom Wohnort (Sitzungsdauer und Reisezeit). Wird Verpflegung des Amtes wegen bereitgestellt, wird Tagegeld nicht gewährt.
3. Am Ort der Tagung wohnende Mitglieder der Landessynode und ihrer Ausschüsse erhalten kein Übernachtungsgeld. Wird eine Unterkunft des Amtes wegen unentgeltlich bereitgestellt, wird Übernachtungsgeld nicht gewährt.
4. Bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel werden die unter Inanspruchnahme möglicher Rabatte und Vergünstigungen tatsächlich entstandenen Fahrtkosten bis zur Höhe der Kosten für eine unreduzierte Fahrkarte der 2. Klasse erstattet.
5. Bei Benutzung eines privaten Kraftfahrzeugs wird eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,30 € pro km zurückgelegter Strecke gewährt.
Für jede mitfahrende Person erhöht sich die Wegstreckenentschädigung um 0,05 € pro mitgenommenen Kilometer.
6. Die Tätigkeit in der Landessynode ist grundsätzlich ehrenamtlich. Auf Antrag wird den Mitgliedern der Landessynode Verdienstausschlag gewährt. Der Verdienstausschlag einschließlich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung ist nachzuweisen.
Bei Selbstständigen tritt an die Stelle des Verdienstausschlages der Ersatz für Vertretungen von pauschal 25,60 € pro Tag ohne Einzelnachweis bzw. höchstens bis zu 76,70 € pro Tag bei Einzelnachweis.
7. Für die Teilnahmeberechtigten nach § 12 Absatz 1 GO Landessynode, für Mitglieder der Kirchenleitung, für Gäste, für Sachverständige, die von der Landessynode, ihren Ausschüssen oder der Kirchenleitung im Rahmen der Tagung der Landessynode oder ihrer Ausschüsse hinzugezogen werden, und für notwendige Begleitpersonen sowie für die Mitglieder des Wahlvorbereitungsausschusses für die Wahl von Bischöfinnen und Bischöfe

nach Artikel 99 Absatz 2 der Verfassung der Nordkirche finden die vorstehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

8. Kosten für die Betreuung von eigenen Kindern unter zwölf Jahren oder pflegebedürftigen Familienangehörigen, die in der eigenen Hausgemeinschaft wohnen, werden auf Antrag ersetzt, wenn keine andere Person für diese Aufgaben zur Verfügung steht und eine anderweitige Unterbringung nicht möglich ist. Die entstandenen Kosten sind nachzuweisen.
9. In Zweifelsfällen entscheidet das Präsidium der Landessynode nach Anhörung des vorsitzenden Mitglieds des Finanzausschusses.
10. Die Regelung gilt mit Wirkung der Tagung der Landessynode im November 2012.

Lübeck-Travemünde, 23. Februar 2013

**Rechtsverordnung
über die Vergütung von Reisekosten bei Dienstreisen
und über die Nutzung von Dienstfahrzeugen
(Reisekostenverordnung – RKVO)**

vom 10. Oktober 2018

Aufgrund des § 21 Absatz 1 des Kirchenbesoldungsgesetzes vom 3. November 2017 (KABl. S. 506), des § 17 Absatz 4 des Pfarrdienstgesetzergänzungsgesetzes vom 31. März 2014 (KABl. S. 219), das durch Artikel 1 des Kirchengesetzes vom 9. Dezember 2016 (KABl. 2017 S. 5) geändert worden ist, des § 9 Absatz 4 des Kirchenbeamtengesetzergänzungsgesetzes vom 9. Oktober 2015 (KABl. S. 397, 2016 S. 13), das zuletzt durch Kirchengesetz vom 3. November 2017 (KABl. S. 528) geändert worden ist, sowie des § 8 Absatz 1 Satz 3 des Klimaschutzgesetzes vom 31. Oktober 2015 (KABl. S. 426, 2016 S. 102) verordnet die Erste Kirchenleitung:

**§ 1
Geltungsbereich**

(1) Diese Rechtsverordnung regelt Art und Umfang der Reisekostenvergütung sowie die Nutzung von Dienstfahrzeugen und privateigenen Fahrzeugen zu dienstlichen Zwecken aller beruflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland.

(2) Für die Vergütung von Reisekosten gilt das Bundesreisekostenrecht in seiner jeweils geltenden Fassung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.

**§ 2
Allgemeine Anforderungen an die Durchführung von Dienstreisen**

(1) 1 Dienstreisen sind entsprechend den Zielen des Umweltschutzes und unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchzuführen. 2 Vorrangig sollen für Dienstreisen die regelmäßig verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittel genutzt werden.

(2) 1 Kraftfahrzeuge sind nur dann zu nutzen, wenn dadurch eine erhebliche Zeit- oder Kostenersparnis erzielt wird oder ihr Einsatz zwingend erforderlich ist. 2 Vor Nutzung eines Kraftfahrzeugs soll die Möglichkeit der Bildung einer Fahrgemeinschaft geprüft werden.

(3) Die Nutzung von Flugzeugen im Inland ist nur im Ausnahmefall und unter Darlegung der besonderen Gründe zulässig.

**§ 3
Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung**

(1) 1 Für Fahrten mit anderen als den in § 4 Bundesreisekostengesetz vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Februar 2013 (BGBl. I S. 285) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung genannten Beförderungsmitteln wird eine Wegstreckenentschädigung gewährt. 2 Diese beträgt je Kilometer zurückgelegter Strecke bei Benutzung eines privaten Kraftfahrzeugs 30 Cent. 3 § 5 Absatz 1 und 2 Bundesreisekostengesetz findet keine Anwendung.

(2) 1 Werden auf der Dienstreise mit einem privaten Kraftfahrzeug aus dienstlichen Gründen Personen mitgenommen, wird eine Mitnahmeentschädigung von 5 Cent je Person und Kilometer gewährt. 2 Die Mitnahmeentschädigung wird nur für Personen gewährt, die Anspruch auf Fahrtkostenerstattung nach dieser Rechtsverordnung haben.

§ 4

Fahrtkostenzuschuss

Ist durch Dienstvereinbarung geregelt, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ein Arbeitgeberzuschuss für vergünstigte Fahrkarten zur Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln gewährt wird, so finden diese Regelungen auf die in den vom Geltungsbereich umfassten Dienststellen tätigen Pastorinnen und Pastoren sowie Vikarinnen und Vikare entsprechend Anwendung.

§ 5

Privateigene Fahrzeuge

Privateigene Fahrzeuge müssen, soweit sie für Dienstfahrten eingesetzt werden, gegen Haftpflichtansprüche mit der höchst möglichen Deckungssumme versichert sein.

§ 6

Beschaffung und Nutzung von Dienstfahrzeugen

(1) 1 Dienstfahrzeuge dürfen nur dann beschafft werden, wenn dies notwendig und wirtschaftlich ist. 2 Wird ein Dienstfahrzeug benutzt, so haben die Nutzungsberechtigten dafür Sorge zu tragen, dass das Dienstfahrzeug gepflegt und in betriebsfähigem Zustand erhalten wird.

(2) 1 Für Dienstkraftfahrzeuge ist ein Fahrtenbuch zu führen. 2 Für jede Dienstfahrt sind Datum, Uhrzeit und Kilometerstand zu Beginn und am Ende der Dienstfahrt, Reiseziel und bei Umwegen auch die Reiseroute, Reisezweck und aufgesuchte Personen oder Institutionen, die zurückgelegten Kilometer sowie der Name der Benutzerin bzw. des Benutzers einzutragen.

(3) Einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter kann ein Dienstfahrzeug zur dauerhaften Verwendung unter Beachtung der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften zugewiesen werden, wenn dies dienstlich geboten ist und eine schriftliche Überlassungsvereinbarung getroffen wurde.

(4) 1 Privatfahrten mit nicht dauerhaft zugewiesenen Dienstfahrzeugen sind nur in Ausnahme unter Beachtung der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften zulässig. 2 Bei privater Nutzung ist an die das Dienstfahrzeug unterhaltende Stelle eine Wegstreckenentschädigung nach § 3 Absatz 1 zu zahlen. 3 Bei Inanspruchnahme einer Fahrerin bzw. eines Fahrers sind deren bzw. dessen Kosten in voller Höhe zu übernehmen.

(5) 1 Die Bischöfinnen und Bischöfe sowie die Präsidentin bzw. der Präsident des Landeskirchenamts sind berechtigt, ein Dienstfahrzeug unter Beachtung der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften frei zu nutzen. 2 Bei Inanspruchnahme einer Fahrerin bzw. eines Fahrers für Privatfahrten gilt Absatz 4 Satz 3 entsprechend.

§ 7

Nordschleswigsche Gemeinde

Dienstreisen innerhalb der Nordschleswigschen Gemeinde, in die Nordschleswigsche Gemeinde und von dort in den Bereich der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland sind als Inlandsdienstreisen abzurechnen.

§ 8

Landes- und Kirchenkreissynodale

Für die Mitglieder der Landes- oder Kirchenkreissynode gilt die Rechtsverordnung nur, wenn und soweit die Landes- oder Kirchenkreissynode keine eigenen Regelungen getroffen hat.

§ 9 Zuständigkeiten

- (1) Für die Erstattung von Reisekosten ist die Stelle zuständig, in deren Auftrag die Dienstreise erfolgt.
- (2) 1. Zuständig für die Genehmigung einer Dienstreise und die Zuweisung eines Dienstfahrzeugs gemäß § 6 Absatz 3 ist die bzw. der Vorgesetzte; im Falle einer Pastorin bzw. eines Pastors entscheidet die bzw. der mit der Dienstaufsicht Beauftragte.
- (3) Die Funktion einer obersten Dienstbehörde im Sinne des Bundesreisekostenrechts nimmt das Landeskirchenamt wahr.

§ 10 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Rechtsverordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten außer Kraft
 1. die Rechtsverordnung über die Vergütung von Reisekosten vom 26. August 2008 (GVOBl. S. 263) der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche;
 2. die Fahrzeugbenutzungsverordnung vom 10. November 1992 (GVOBl. S. 385) der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, die zuletzt durch Rechtsverordnung vom 25. August 2008 (GVOBl. S. 264) geändert worden ist;
 3. die Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung und dienstlichen Nutzung von Kraftfahrzeugen vom 27. Juni 2006 (KABl S. 46) der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs.

Kiel, 10. Oktober 2018